

# Pulsnitzer Tageblatt

Ansprechender 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146  
Bezirksanzeiger

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14)  
1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amtlich 1 mm  
30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großnaundorf, Brettnig, Hauswalbe, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friebersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 276

Donnerstag, den 27. November 1930

82. Jahrgang

## Amtlicher Teil

### Viehählung

Nach einer Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 6. November 1930 hat am  
1. Dezember 1930

eine Viehzählung stattgefunden, die sich auf Pferde, Maultiere, Maulesel, Esel, Rinder, Schweine,  
Schafe, Ziegen, Ferkel, Kaninchen und Bienenstöcke zu erstrecken hat und von städtischen  
Polizeibeamten vorgenommen wird.

Wer vorsätzlich eine Anzeige, zu der er auf Grund dieser V. D. aufgefordert wird, nicht  
erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit den in § 4 der  
Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 30. 1. 1917 (RGBl. S. 81) angedrohten Strafen bestraft.

Pulsnitz, den 27. November 1930.

Der Stadtrat.

Freitag, den 28. November 1930, nachmittags 3 Uhr, sollen in Richtenberg, Sam-  
melort der Vieher: Mittelgasthof

1 Fräsmaschine

meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 27. Nov. 1930.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

## Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar  
bestem Erfolg

## Schuldig sind die mißhandelten Deutschen!

### Höhnische Erklärung des polnischen Außenministers

Das polnische Außenministerium tut das  
seine, um den Konflikt mit Deutschland zu verschärfen:  
es veröffentlicht zu den blutigen Ausschreitungen gegen die  
Deutschen eine „Erklärung“, die nichts anderes ist als eine  
neue Herausforderung. Es ist da die Rede von der von den  
polnischen Behörden getroffenen „Wahlfürsorge“. „Nur in  
einigen Orten“ sei die Ruhe „infolge allzu eifriger Wahl-  
agitator“ gestört worden. Und dann wird gesprochen von  
dem „traß provokatorischen Auftreten“ etwa des Pastors  
Harffinger, ferner von „deutschen Banden“, die „ge-  
mordet“ haben. Alle Vorgänge werden ins Gegenteil um-  
gekehrt. Natürlich glaubt Herr Jaleski sich auch über anti-  
polnische Auslandspropaganda u. dgl. beschweren zu müssen.

Die Vereinigten Verbände Heimattreuer Oberschlesier,  
der Deutsche Evangelische Volksbund Oberschlesiens und der  
Oberschlesische Kulturverband haben einen

### offenen Brief an den Präsidenten der Gemischten Kommission, Calonder,

gerichtet, in dem es unter schärfstem Protest gegen den bluti-  
gen Terror in Ost-Oberschlesien heißt: „Wir können uns da-  
mit nicht einverstanden erklären, daß Ihr Einfluß sich auf  
Vorstellungen beim Woiwoden Graczyński beschränkt.  
Wir machen diesen vor aller Welt für die Greuelthaten mit-  
verantwortlich, da er selber Auffständischer ist und  
die Aufständischenverbände seines Schutzes versichert.“

### Die deutsche Note an den Völkerbund.

Zu den Gewalttaten der Polen gegen die Deutschen wird  
die Reichsregierung den Ratbestand in einer Note an den  
Generalsekretär des Völkerbundes bekannt-  
geben. Man darf annehmen, daß die Absendung dieser Note  
nur ein Anfangsritt ist und daß die Reichsregie-  
rung mit der Bekanntgabe des Polen so schwer belastenden  
Materials auch an die übrigen Ratsmitglieder gleichzeitig den

### Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Völkerbundes

verbinden werde. Diese Forderung ist in zahlreichen De-  
pefchen an die Reichsregierung aus allen Teilen des Reiches  
zum Ausdruck gekommen. Ferner darf man erwarten, daß  
die Reichsregierung gegen die vom polnischen Außenministe-  
rium durch die polnische Telegraphenagentur verbreitete  
tendenzlöse Darstellung über die völlige Unschuld  
der Polen entsprechend antworten wird.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages,  
der sich mit der gleichen Angelegenheit beschäftigt wird, ist  
nunmehr auf Antrag der Deutschnationalen Volkspartei für  
Dienstag, den 2. Dezember, einberufen worden.

### Die Osthilfe vor dem

### Haushaltsauschuß.

Baldige Neuregelung gefordert.

Der Haushaltsauschuß des Reichstages  
behandelte die Frage der Osthilfe. In der Aussprache kam der  
Abgeordnete Hergt (Nat.) zu Wort und behandelte diese  
für den gesamten Osten so überaus wichtigen Fragen. Er  
betonte, daß schon das alte Osthilfegesetz unzu-  
länglich gewesen sei, daß die Organisation zu verwickelt  
und der preußische Einfluß unerträglich war.  
Ebenso unerträglich sei die Begrenzung des in die Notverord-  
nung einbezogenen Gebiets. Die Ausdehnung der Not-  
verordnung auf ganz Schlesien sei verlangt worden. Die  
Notverordnung, wie sie heute vorliege, bringe nur eine

Verfälschung der Verhältnisse. Die Geld-  
mittel, die als Bürgschaften für gewerbliche Zwecke gegeben  
werden sollten, seien völlig fortgefallen. Die anderen Bürg-  
schaften seien verringert worden. Preußen habe erreicht, daß  
nunmehr in der Organisation und Ausführung sein Einver-  
nehmen notwendig sei, während früher nur das „Benehmen“  
mit Preußen gefordert worden war. Von Steuerniederstla-  
gungen sei nicht die Rede. Die ober-schlesische Hochwasser-  
katastrophe hätte einen gerechtfertigten Anlaß für eine weitere  
Ausdehnung des Notverordnungs-Gebiets gegeben. Die  
Landesvertretungen seien zur Beratung der Frage nicht recht-  
zeitig zugezogen worden. Der Beirat beim Reichskommissar,  
der nunmehr gebildet worden sei, habe nur unzulängliche Zu-  
ständigkeit. Vor allem trank das Verfahren an den sogenan-  
nten Krisentagen. Die Erbitterung gegen die Not-  
verordnung sei im ganzen Osten allgemein. Die Deutschnationalen  
müßten die Regierung auf die schweren Folgen hin-  
weisen, die eintreten würden, wenn nicht bald eine völlige  
Neuregelung der Osthilfe durchgeführt werde.

Anschließend setzte sich Abg. Gotthelmer für eine  
weitere Ausdehnung der gewerblichen Kredithilfe ein. Ver-  
treter anderer Fraktionen kritisierten ebenso die unzu-  
reichenden Maßnahmen der Regierung. Aus den Antworten,  
die der Reichskommissar, der Reichsminister Treviranus,  
gab, konnte man entnehmen, daß die Hilfe für den Osten zwar  
nicht abgeschlossen ist, daß sie aber erst dann erweitert werden  
kann, wenn neue Geldmittel zur Verfügung stehen. Da sich  
im Etat für 1931 keine Mittel für den Osten befinden, muß  
man danach wohl damit rechnen, daß die Regierung vor  
diesem Zeitpunkt nicht daran denkt, für die Osthilfe weitere  
Summen zur Verfügung zu stellen. Der Ausschuß vertagte  
sich auf Donnerstag.

### Das Reichskabinett und die Parteien.

Abschluß der Besprechungen beim Reichskanzler.

Der Reichskanzler schloß seine informativischen Be-  
sprechungen mit den Parteien ab. Er empfing noch den  
Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat  
Hugenberg, anschließend die Vertreter der sozialdemo-  
kratischen Reichstagsfraktion Müller-Franzen, Hilferding,  
Herz und Breitscheid, sowie hierauf den volkspartei-  
lichen Führer Abg. Ringelohr und den Führer der Bay-  
rischen Volkspartei, den Abg. Leicht. In einer Kabinetts-  
sitzung wird der Reichskanzler über die Ergebnisse seiner  
Besprechungen berichten. Das Reichskabinett dürfte sich  
dann über die weiteren Schritte schlüssig werden.

### Fortsetzung der Besprechungen mit den Sozialdemokraten.

Berlin, 27. Nov. Zu den Besprechungen des Reichs-  
kanzlers mit den Vertretern der sozialdemokratischen Reichs-  
tagsfraktion über die Abänderung der Notverordnung vom  
26. Juli und des Finanzprogrammes der Regierung berichtet  
der Vorwärts, daß diese Besprechungen am Mittwoch noch  
nicht abgeschlossen worden seien. Sie werden voraussichtlich  
am Donnerstag fortgesetzt und zu Ende geführt werden. Im  
Verlaufe der bisher mit der Sozialdemokratie geführten Be-  
sprechungen habe die Regierung den ersten Willen zur  
Durchführung ihres Finanzprogrammes auf parlamentarischem  
Wege erkennen lassen. Der Vorstand der sozialdemokratischen  
Reichstagsfraktion wird sich am Donnerstag mit der politisch-  
parlamentarischen Lage befassen.

## Das Wichtigste

Die Sitzung des Reichskabinetts, in der über die deutsche Note an den  
Völkerbund wegen der Terrorakte gegen die deutsche Minderheit in  
Oberschlesien beraten wurde, dauerte bis gegen Mitternacht an. Ein  
amtlicher Bericht wurde nicht ausgegeben.

Der Reichstagsabgeordnete v. Kardorff ist nach einer Meldung Berliner  
Blätter am Mittwoch sehr schwer erkrankt und noch in der vergan-  
genen Nacht im Westsanatorium Berlin operiert worden. Wie  
verlautet, soll es sich um eine plötzliche Darmverfälschung handeln.  
Die Innere Verwaltung des Deutschen Reiches hat 1929 das 45fache  
der Ausgaben von 1913 gekostet.

Für „Maßnahmen zum Schutze der Republik“ wurden 1929 705 725  
Mark verbraucht, obwohl doch Gerichte und Polizei außerdem be-  
zahlt wurden. Zum Schutze der Monarchie ist niemals eine Extra-  
aufwendung nötig gewesen.

Der ehemalige sowjetrussische Wirtschaftssekretär in Paris, Besedowski,  
bezieht die von Rußland im Ausland verteilten Propagandabehälter  
auf jährlich 30 Millionen Dollar. 50 000 Dollar würden davon  
allein nach Berlin gezahlt.

Ein Zug der elektrischen Ueberlandlinie in der Provinz Ancona (Sta-  
lien) entgleiste in einer Kurve. Er durchbrach eine Mauer und  
stürzte aus 10 Meter Höhe auf ein Gebäude. 7 Personen wurden  
getötet und 11 verwundet.

Nach amtlichen Mitteilungen sind im Erdbebengebiet in Japan bis jetzt  
291 Leichen geborgen worden. In Miami zerstörte das Erdbeben  
ein Kinderheim. 24 Kinder wurden getötet. — Aus dem südlischen  
Teil der Insel Sachalin werden gleichfalls starke Erdstöße gemeldet.

## Was nun?

Deutschlands vielleicht größter Staatsmann, Otto von  
Bismarck, wurde einmal „ein Fuchs mit den Ansdauungen  
Friedrich des Großen“ genannt. So ein „Fuchs“ fehlt dem  
deutschen Volke in seiner gegenwärtigen ersten Lage als  
führende politische Persönlichkeit; denn die Lage Deutsch-  
lands ist mehr als schlimm angefaßt der nunmehr bereits  
3 1/2 Millionen Arbeitslosen und der immer tiefer  
sinkenden Lebenshaltung der breiten Massen.

Nun bemüht sich zwar die Reichsregierung mittels ihres  
Finanz- und Sanierungsprogramms, die völlig verfahrenen  
Finanzen in Ordnung zu bringen. Inwieweit ihr das ge-  
lingen wird, werden wir in Kürze sehen. Vorläufig ver-  
handelt der Reichskanzler noch mit den Parteiführern, um zu  
sehen, wie die Aussichten dieses Kabinetts im Reichstag sind.  
Die Aussichten sind nicht rosig, da selbst Regierungsparteien,  
wie die Wirtschaftspartei und das Landvolk, mit dem Finanz-  
programm des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich und mit  
sonstigen Maßnahmen der Reichsregierung nicht einver-  
standen sind und auch die Christlich-Sozialen erhebliche Abän-  
derungen der neuen Steuererlasse und der Notverordnung wün-  
schen. Die Reichsregierung findet also nicht einmal in dem  
Lager ihrer Anhänger völlige Zustimmung. Eine Besprechung  
zwischen Dr. Brüning und dem deutschnationalen Partei-  
führer Dr. Hugenberg hat stattgefunden. Die Haltung der  
Deutschnationalen ist bekannt. Sie wollen nicht die Young-  
Planen mit der Verelendung des deutschen Volkes bezahlt  
wissen. Deshalb wird das Kabinett Brüning auf die Unter-  
stützung der Deutschnationalen nicht rechnen können, zumal  
das Kabinett seine bis zu einem gewissen Grade guten Be-  
ziehungen zu der Sozialdemokratie im Reich wie in Preußen  
nicht aufzugeben gedenkt. Daß der Reichskanzler nicht mit  
Vertretern der Nationalsozialisten verhandelt, wird in weiten  
Kreisen nicht verstanden. Die Nationalsozialisten stellen  
immerhin die zweitstärkste Partei im Reichstage dar. Um so  
öfter haben Besprechungen zwischen Dr. Brü-  
ning und der Sozialdemokratie stattgefunden,  
um eine Unterstützung des Kabinetts durch die Sozialdemo-  
kratie im Reichstage zu erzielen. Es ist möglich, daß die So-  
zialdemokratie bei den kommenden Reichstagsverhandlungen  
das Kabinett Brüning zum zweitenmal rettet. Allerdings  
steht auch ein großer Teil der Sozialdemokratie den Maß-

